

Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Kreistag Heinsberg
Ralf Derichs
zum Entwurf des Haushaltsplans 2024

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Herausforderungen mit denen wir – auch in der Kreispolitik – konfrontiert werden, werden größer. Die Krisen in der Welt werden nicht weniger. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 müssen wir in diesem Jahr den furchtbaren Terrorakt der Hamas auf Israel und den sich anschließenden Krieg erleben. All diese Kriege bringen nicht nur unsagbares Leid in den betroffenen Ländern, sondern wirken sich auch global und damit bis in unseren Kreis aus.

Herr Kämmerer Goertz, Sie haben in Ihrer Einbringungsrede die aus der alttestamentarischen Josephsgeschichte abgeleitete Redewendung von den sieben fetten Jahren, die nun vorbei seien, angeführt. Jedoch habe der Kreis Vorräte für schlechte Zeiten angelegt. Während Joseph vor etwa 4000 Jahren nach seiner Traumdeutung im Auftrag des Pharaos Getreide hat aufschütten lassen, um es in den Städten zu verwahren, meinten Sie die stattgefundenen Zuführungen zur Ausgleichsrücklage. Das Problem dabei ist offensichtlich: Auch Angespartes – sei es Getreide oder Geld in der Ausgleichsrücklage – kann man nur einmal ausgeben und ist irgendwann aufgebraucht. Vielleicht wären in guten Zeiten Investitionen eine noch bessere Idee, um in schlechten Zeiten gut aufgestellt zu sein. Vielleicht hatte das ja auch die Gemeindeprüfungsanstalt gemeint, als sie in ihrer Ergebnispräsentation die geringe Inanspruchnahme investiver Mittel im Kreis Heinsberg beklagte. Wie auch immer, zumindest für Joseph hat

sich das Ganze gelohnt: Der Pharao, so berichtet Moses, tat seinen Ring von der Hand und gab in Joseph an die Hand und kleidete ihn mit köstlicher Leinwand und hing eine goldene Kette an seinen Hals und ließ ihn auf seinem zweiten Wagen fahren. Er bekam also einen Dienstwagen mit Chauffeur. Auch verlieh ihm Ramses den Titel „Heimlicher Rat“, was in etwa einem Ministeramt entspricht, und gab ihm Asnath, die Tochter eines angesehenen Priesters, zur Frau. Welche Karriere Ihnen, Herr Goertz, noch bevorsteht, wird sich zeigen.

Nun aber zum vorliegenden Haushaltsentwurf: Bereits die vergangenen Haushaltspläne haben die Krisen der letzten Jahre widergespiegelt und auch der Haushaltsplan für das kommende Jahr setzt dies fort. Gleichzeitig ist er ein Blick in die Zukunft und sollte die Lösungen des Kreises für die Herausforderungen darstellen.

Allerdings habe ich bereits in der letzten Haushaltsrede deutlich gemacht, dass es aus Sicht der SPD-Fraktion zu wenig Lösungsansätze für die Probleme gibt. Vor allen Dingen hatten wir bemängelt, dass der damalige Haushaltsentwurf keine Lösungsansätze für die größten Probleme im Kreis anbietet, nämlich der Wohnungs- und der Fachkräftemangel. Gleichwohl hat die SPD-Fraktion seit der letzten Kommunalwahl trotz Bedenken mit Blick auf die pandemiebedingte Krisensituation allen Haushaltentwürfen zugestimmt.

Es ist nicht überraschend, dass die Gesellschaft für deutsche Sprache das Wort „Krisenmodus“ in diesem Jahr zum Wort des Jahres gewählt hat. Sie, Herr Landrat, haben in Ihrer Einbringungsrede ein anders Wort für diesen Zustand, nämlich „Dauerstress“ gewählt. Ob Krisenmodus oder Dauerstress: An der weltpolitischen Lage können wir nichts ändern. Aber heißt das, dass wir keine Handlungsoptionen haben?

„Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen“, heißt es nach einem Aristoteles zugeschrieben Zitat. Egal, ob das Zitat nun tatsächlich von dem griechischen Universalgelehrten und Philosophen stammt, es beschreibt genau die Frage, nach der die SPD-Fraktion den uns vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 bewertet: Sind die Segel so gesetzt, dass uns das Schiff bestmöglich durch die stürmischen Zeiten bringt? Unsere Antwort hierauf ist: nein.

Ich möchte das anhand mehrerer Themen deutlich machen und mit dem Wohnungsbau beginnen.

Nachdem das Thema Wohnen u.a. auch von der SPD-Fraktion aufgegriffen und mit konkreten Maßnahmen wie der Gründung einer Wohnungsgesellschaft hinterlegt wurde, wurde 2017 beschlossen, eine Studie zum Wohnungsbau in unserem Kreis in Auftrag zu geben, welche im April 2019 vorgestellt wurde. Danach wurde ein Bedarf zum Bau von 11.000 neuen Wohnungen bis zum Jahr 2030 prognostiziert.

Seit Jahren mahnen wir an, dass der Kreis Heinsberg, alleine oder gemeinsam mit Kommunen aus dem Kreis, Wohnungsbau betreiben sollte, um dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Immer wieder habe ich in den letzten Haushaltsreden darauf hingewiesen, dass viele kreisfreie Städte oder Landkreise seit vielen Jahren beim Beschaffen von Wohnraum erfolgreich unterwegs sind, die meisten von ihnen sind unionsregiert.

Warum, Herr Landrat, sperren Sie sich so? Warum, Herr Landrat, können wir im Kreis Heinsberg nicht das leisten, was andernorts, auch in allen unseren Nachbarkreisen, selbstverständlich ist?

In der Städtereion hat man erst vor wenigen Wochen RWE-Aktien im Wert von 6 Millionen Euro verkauft, um mit dem Erlös Sozialwohnungen

durch die städtereigene GWG Wohnungsbaugesellschaft bauen zu lassen. Dabei hat die GWG bereits viele Wohnungen im Bestand.

Auf eine Nachfrage der SPD-Fraktion im Jahr 2020 haben Sie, Herr Landrat Pusch, erklärt, dass sie aus der Studie keinen Handlungsbedarf für den Kreis sehen. Immer wieder stellt sich uns die gleiche Frage: Warum geben Sie für viel Geld aus dem Kreishaushalt eine Studie in Auftrag, wenn sie aus den Ergebnissen anschließend keine Konsequenzen zu ziehen bereit sind?

Wie schon in meiner letzten Haushaltsrede weise ich nochmal auf das Leitbild hin, das sich der Kreis Heinsberg vor fünf Jahren gegeben hat. Hier heißt es: „Menschen in jeder Lebensphase sollen im Kreis Heinsberg auf ein ihrer Lebenssituation entsprechendes Angebot treffen. Hier wird der Kreis die Städte und Gemeinden zur Schaffung von innovativen Wohnstrukturen anregen und bei der Umsetzung unterstützen.“ Wo, frage ich, findet sich dieses Postulat im vorliegenden Haushaltsentwurf wieder?

Schlimmer noch: am 30.08.2023 berichtete die Heinsberger Zeitung, der Kreis Heinsberg sei beim Rückgang der Baugenehmigungen mit einem Minus von 57,9 % negativer Spitzenreiter im Regierungsbezirk Köln. Besonders drastisch ist der Rückgang um 67,2 % bei den Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, also genau in dem Segment, in dem die zitierte Studie den größten Bedarf erkennt. Der Rückgang beim Bau von Wohnungen ist sicherlich kein Problem ausschließlich im Kreis Heinsberg. Aber bei uns ist dieses Problem eben besonders ausgeprägt und noch virulenter als anderswo in der Republik. Das merkt man, wenn man mit Wohnungssuchenden spricht und wurde auch in der Diskussion um ein weiteres Frauenhaus im Kreis Heinsberg – ich komme später noch einmal darauf zurück – deutlich, in der berichtet wird, wie schwierig es ist, für Frauen, die Opfer

häuslicher Gewalt wurden, nach dem Verlassen des Frauenhauses geeigneten Wohnraum im Kreis Heinsberg zu finden. Setzt der uns vorliegende Haushaltsentwurf nun Zeichen, um dieser bedenklichen Entwicklung etwas entgegenzusetzen? Wird unser Kreis endlich wie viele andere tätig, um selbst den Bau von Wohnungen zu fördern. Mitnichten. Das Einzige, was Ihnen eingefallen ist: Da die Zahl der Bauanträge zurückgeht, werden Stellenanteile in der Baugenehmigungsbehörde gekürzt. Dieser anhaltenden Ignoranz erteilt die SPD-Fraktion ihre Zustimmung nicht.

Immer wieder war die SPD-Fraktion bemüht, Ideen zu entwickeln, die Wohnungssituation in unserem Kreis zu verbessern.

Erst vorgestern war in der ZEITUNG AM SONNTAG zu lesen, dass im Kreis Düren mit 21,5 Millionen Euro Landesförderung ein Studentenwohnheim gebaut wird. Dort wird die Notwendigkeit gesehen. Bei uns sind die Dimensionen sicherlich nicht ganz so groß, bei uns liegt der Schwerpunkt auch mehr auf Auszubildende, denen es nicht gelingt, bezahlbare Wohnungen im Kreis zu finden. Die SPD-Kreistagsfraktionen hatte daher einen Antrag auf Einrichtung eines Auszubildenden-Wohnheims gestellt, wie es anderswo bereits erfolgreich betrieben wird. Neben vielen anderen Aspekten wäre ein solches Angebot sicher eine wichtige Brücke, um dringend benötigte Fachkräfte nach Ende ihrer Ausbildung im Kreis zu halten oder Auswärtige an den Kreis Heinsberg zu binden.

Als Sozialdemokrat kann man hier bekanntlich froh sein, wenn Anträge nicht rundweg abgelehnt werden. Die hierzu von der WFG vorgelegte Umfrage ist in Teilen fragwürdig, insbesondere, weil sie ausschließlich bereits im Kreis wohnende Auszubildende einbezieht, und kann zu falschen Schlussfolgerungen führen. Denn es ist in Zeiten des Fachkräftemangels nicht nur gut Arbeitskräfte im Kreis zu halten, sondern auch notwendig, neue zu gewinnen. Daher wäre die Befragung junger Menschen, die noch

nicht im Kreis Heinsberg leben folgerichtig. Gleichwohl: Wir hoffen auf fruchtbare Beratungen unter Einbeziehung verschiedener Akteure, die nach dem Beschluss des Kreisausschusses nunmehr für das Frühjahr kommenden Jahres vorgesehen sind, und so dem Wohnungsmangel und auch dem Fachkräftemangel entgegen zu treten. Übrigens ist unser Antrag an anderer Stelle bereits erfolgreich. Nachdem wir unsere Initiative in den sozialen Medien gepostet hatten, meldete sich interessiert die SPD-Fraktion im Kreistag Ostholstein bei uns und bat um Übersendung des Antrags. Im zuständigen Ausschuss des schleswig-holsteinischen Landkreises wurde der Antrag im vergangenen Monat dann einstimmig beschlossen, also mit den Stimmen der CDU, die auch dort die stärkste Fraktion stellt. Der dortige Landrat (CDU) wurde beauftragt, mit den Berufsschulen, mit der Kreishandwerkerschaft, der Entwicklungsgesellschaft Ostholstein, der Wohnungsbaugesellschaft Ostholstein und weiteren Akteuren Gespräche zur Vorbereitung eines Finanzierungskonzeptes für den Bau eines Azubi- Wohnheims zu führen. Wie gesagt: Unser Antrag im Kreis Ostholstein. Aber auch diesbezüglich kann man in der Bibel fündig werden, diesmal im Neuen Testament. Heißt es doch Jesus von Nazareth zitierend bei Matthäus (13:57): Ein Prophet gilt nirgend weniger denn in seinem Vaterland und in seinem Hause.

Immerhin hat sich der Kreis nun entschieden, in Wassenberg eine KiTa selbst zu bauen. Wir begrüßen das, auch wenn wir uns hier, wie auch an vielen anderen Stellen, eine frühzeitigere Einbindung der Ausschüsse gewünscht hätten. Es ist ein erster Schritt, dem – da sind wir uns sicher – weitere folgen werden. Wieviel einfacher wäre das in Zukunft, verfügte der Kreis über eine eigene Baugesellschaft! Nie war der Schritt dorthin so klein.

Wesentlich unerfreulicher ist die Situation beim Sanierungsbau unserer Kreismusikschule in Erkelenz, die sich – man kann es nicht anders sagen

– zu einem Desaster entwickelt hat. Zur Erinnerung: Die Kosten für die Sanierung des alten Amtsgerichtsgebäudes wurde im Jahr 2019 in der damaligen Beschlussvorlage einschließlich Grunderwerb mit gut 2,3 Mio. Euro kalkuliert und war damit knapp 220.000 Euro günstiger als der alternativ zur Diskussion stehende und von der SPD-Fraktion favorisierte Neubau. In beiden Kostenrechnungen enthalten war die Haustechnik und damit unter anderem die Heizungsanlage. Im Jahr 2021 musste der Bauausschuss zur Kenntnis nehmen, dass Mehrkosten in Höhe von 430.000 Euro zu verzeichnen sind. Bezogen auf die reinen Umbau- und Sanierungskosten war das bereits ein Plus von gut 28 %. Von den 430.000 Euro waren lediglich 105.000 Euro, also ein knappes Viertel, auf die Preissteigerungsrate des Baupreisindex zurückzuführen. Der Rest bezog sich auf sogenannte Unwägbarkeiten bei der Sanierung eines Altbaus, Fehlplanungen (fehlender Fassadenanstrich) oder fehlerhafte Kostenkalkulationen (Schlosserarbeiten für das Treppengeländer). Stellen Sie sich einfach einmal vor, Ihnen wäre das als Privatperson passiert. Sie hätten sich nach Vorlage einer Kostenkalkulation ein Altbauhäuschen gekauft um es zu Renovieren und zwei Jahre später erklärt man Ihnen, dieses und jenes sei eben übersehen oder vergessen worden oder nicht absehbar gewesen.

Und jetzt kommt es noch dicker: Nach Abzug eines Zuschusses sind im Haushaltsentwurf weitere 121.000 Euro Mehrkosten für eine neue Heizungsanlage eingeplant. Und auch von dieser Entwicklung werden die parlamentarischen Gremien sozusagen beiläufig informiert. Bei solchen Entwicklungen sehe ich eine Bringschuld bei der Verwaltung und hätte erwartet, dass sie den Ausschuss oder die Fraktionen in einer Vorlage informiert und den Sachverhalt detailliert erläutert. Und selbst auf Nachfrage gibt sich die Verwaltung äußerst schmallippig: Die Heizung im Haus der Musik sei zum Zeitpunkt der Übernahme noch funktionstüchtig gewe-

sen. Die Anlage sei aber „zwischenzeitlich“ defekt, daher sei die Erneuerung notwendig. Allerdings ist das für jemanden, um dessen Zustimmung Sie zum Haushalt bitten, an Information etwas wenig. Der Kreis kauft nun also zwei Heizungsanlagen: Eine vorhandene, die nach vier Jahren defekt ist (Oder war sie es – da von „zwischenzeitlich“ die Rede ist – schon früher?) und eine weitere, um die nun defekte zu ersetzen. Ja, es gibt Preissteigerungen in der Bauwirtschaft, die auch einen etwaigen Neubau erreicht hätten. Aber beim Haus der Musik zeigt sich anhand der hohen Kostensteigerungsanteile aufgrund von Fehlplanungen und Fehleinschätzungen, dass ein Neubau die deutlich kostengünstigere Alternative gewesen wäre. Von den künftigen Betriebskosten will ich noch gar nicht reden, aber diese werden uns sicher auch noch beschäftigen. Ich erwarte – und die SPD-Fraktion wird das beantragen – in der nächsten Sitzung des Bauausschusses eine ausführliche Begründung für den vorgesehenen Austausch der Heizung und wie und warum deren Laufzeit zum Zeitpunkt des Erwerbs eingeschätzt wurde sowie eine detaillierte Aufstellung über die entstandenen Kostensteigerungen.

Nun zu einem anderen Thema: Bereits in der letzten Haushaltsdebatte habe ich die Bemühungen um die Förder- und Berufskolleglandschaft im Kreis positiv bewertet. Allerdings dürfen wir bei all den Maßnahmen um den Ausbau nicht die digitale Zukunftsfähigkeit vergessen. Die Ausstattung einiger Schulen ist im Bereich der IT weiterhin sehr schlecht. Dazu gehört insbesondere auch der fehlende Glasfaseranschluss in manchen Schulen. Dieser sollte unseres Erachtens vorrangig realisiert werden. Auch die Gemeindeprüfungsanstalt legt an dieser Stelle die Finger in die Wunde und empfiehlt dem Kreis, einen Medienentwicklungsplan mit entsprechender Ausstattungsstrategie für seine Schullandschaft zu erstellen.

Leider konnte seit der letzten Haushaltsrede ebenfalls kein merklicher Fortschritt beim KiTa-Ausbau erzielt werden. Auch wenn sich der Kreis

endlich dazu durchringen konnte, eine KiTa in Eigenregie zu bauen, ich habe es bereits erwähnt, fehlen kurzfristig Plätze. Es fehlen aber nicht nur Gebäude und Träger, sondern auch das Fachpersonal. Gemeinsam mit den Berufskollegs wurde das Problem des Mangels an Erzieherinnen und Erziehern bereits erkannt. Gleichwohl müssen wir aus Sicht der SPD-Fraktion mehrere Ansätze verfolgen. Dazu gehört auch, den Kreis für Auszubildende attraktiv zu gestalten, wobei wir wieder beim Angebot eines Wohnheims für Auszubildende als einem Baustein wären. Ein weiterer Baustein wäre, dass die Angebote zur Ausbildungssuche gebündelt werden und eine kreisweite Jobbörse entsteht. Diesen Weg sollte man dringend verfolgen, insbesondere auch, um Jugendliche für den Beruf des Erziehers/der Erzieherin zu gewinnen.

Darüber hinaus haben wir noch eine Anregung: Wenn es nicht schon geschieht, dann sollte der Kreis die Probleme im Kita-Bereich deutlich an die Landesregierung und an unsere Landtagsabgeordneten adressieren. Die Vorgaben für Kitas sind teilweise viel zu streng, Kinderpflegerinnen und -pfleger können nicht eingestellt werden. Hier muss aufgrund der großen Not eine neue Sichtweise her. Es bedarf dringend eines Not-Konzepts im Bereich KIBIZ. Ansonsten stürzt das ganze System bald zusammen.

Übrigens lobe ich ausdrücklich die transparente Zusammenarbeit mit dem hier zuständigen Dezernat. Wir wünschen uns auch in anderen Bereichen mehr davon.

2009 wurde im Jugendhilfeausschuss des Kreises beschlossen, dass Eltern, die mehrere Kinder gleichzeitig in einer KiTa oder OGS anmelden, nur einen Beitrag bezahlen müssen. Diese Regelung galt seither für alle Familien im gesamten Kreisjugendamtsbereich. Zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Mai dieses Jahres hatte die Verwaltung eine Ände-

zung der Elternbeitragssatzung vorgeschlagen. Diese sah vor, die Befreiung von KiTa-Geschwisterkindern in der OGS zu streichen. Gerade jetzt nach den Krisen der vergangenen Jahre von der bisherigen Regelung abzuweichen und Eltern noch mehr aufzubürden ist für uns nicht tragbar. Die Verwaltung verwies in der Argumentation auf die Quersubventionierung, die es im Rahmen der Solidargemeinschaft der Kreisjugendamtskommunen auch in anderen Bereichen auch gibt. Diesem Vorschlag folgte eine umfassende Anfrage der Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und Freien Wählern. Die Verwaltung legte zur Sitzung des Kreisausschusses einen modifizierten Beschlussvorschlag vor, der vorsah, dass die Kosten für Geschwisterkinder übernommen werden, jedoch nicht mehr als maximal 75 € pro Monat je Kind.

Auch wenn die neue Regelung eine Verbesserung zum ursprünglichen Vorschlag ist, bedeutet sie für viele Familien eine zusätzliche Belastung, nämlich für Familien, die in einer Kommune mit hohen Beiträgen wohnen. Für die Auslotung eines weitergehenden Kompromisses gab es seitens der Mehrheitsfraktion keine Bereitschaft. Der modifizierte Vorschlag wurde mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der anderen Fraktionen durchgedrückt und es hat vor allem überrascht, dass auch Wegberger Kreistagsabgeordnete gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ihrer Stadt abgestimmt haben. Das Ergebnis ist aus unserer Sicht ein Rückschritt zu dem, was wir vorher hatten. Familienfreundlichkeit? - An dieser Stelle leider Fehlanzeige.

Für die Verkehrswende in Deutschland braucht es neue Konzepte und Angebote im öffentlichen Nahverkehr – insbesondere im ländlichen Raum wie bei uns im Kreis Heinsberg.

Die Diskussion läuft seit Jahren, die Notwendigkeiten wurden auch hier bejaht, erste gute Ideen der vernetzten Mobilität samt toller Entwurfszeichnungen von Mobilitätshubs waren schon vor zwei Jahren in der Zeitung zu bestaunen. Es wird Zeit, dass nun auch Taten folgen. In NRW arbeiten viele Kommunen und mit Ausnahme der Kreise Heinsberg und Kleve alle Kreise im Zukunftsnetz Mobilität zusammen. Im Kreis Kleve wird ein Beitritt nun ins Auge gefasst. Ein Gutachter hatte die Mitgliedschaft des Kreises Kleve in einer Fachausschusssitzung im Oktober „vor dem Hintergrund der Vorteile des sehr intensiven Austausches und der Weiterbildung empfohlen“. Folgt die Klever Kreispolitik der Empfehlung des Gutachters, bliebe der Kreis Heinsberg der einzige Kreis, der nicht Mitglied ist. Beratung, Qualifizierung und Vernetzung sind bei dem Ausbau umweltfreundlicher Mobilität die entscheidenden Faktoren. Die anhaltende Weigerung der Mehrheitsfraktion einem Beitritt zuzustimmen, ist nur als Starrsinn zu bezeichnen und zeigt, dass es der Kreis mit der Verkehrswende nicht so ernst meint. Wahrheitswidrig wird dann noch von der CDU behauptet, den Kommunen würden Kosten gespart. Die Mitgliedschaft im Zukunftsnetz Mobilität ist kostenlos.

Herr Landrat, Sie rühmen sich gerne damit, dass der Kreis Heinsberg ein fahrradfreundlicher Kreis sei, haben sogar Schilder an den Kreisgrenzen aufstellen lassen. Der weitere Bau von Radwegen an den Kreisstraßen wird nicht nur von den Fahrradverbänden gefordert, sondern auch in unzähligen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern.

Schaut man sich aber den Haushaltsentwurf an, dann ist das Ergebnis mehr als mager. Mit den wenigen Metern an Zubau gibt sich der Kreis Heinsberg beim Thema „fahrradfreundlich“ der Lächerlichkeit preis.

Das gilt auch für den Radwegebau an Landstraßen. Gut, Sie haben dort keine Zuständigkeit. Aber die Listen des Landesbetriebs Straßenbau über

dort geplante Maßnahmen zeigen auf, dass sich anderswo die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die Landrätinnen und Landräte mächtig ins Zeug legen, um Einfluss auf die Landesplanungen zu nehmen und damit für Radwege an Landstraßen zu sorgen. Warum schaffen die das, was Ihnen, Herr Landrat, nicht gelingt?

Was ebenfalls erforderlich ist sind Investitionen in die Ausbesserung vorhandener Radwege, die sich in teilweise erbärmlichem Zustand befinden.

Der Strukturwandel im Rheinischen Revier stellt alle Beteiligten vor gewaltige Aufgaben. Nicht erst 2038, wie im sog. Kohlekompromiss 2020 beschlossen, sondern bereits 2030, wie vor einem Jahr zwischen den Regierungen in Düsseldorf und Berlin sowie dem Bergbautreibenden RWE vereinbart, wird das Ende des Abbaus und der Verstromung von Braunkohle Realität.

Ja, das ist ein wichtiger Schritt für die Klimawende und die Erreichung der Klimaziele. Genauso wichtig ist es aber, den Strukturwandel zum Gelingen zu bringen, die wenigen dann verfügbaren Flächen in einem ausgewogenen Konsens zwischen Landwirtschaft, Natur, Wohn- und Lebensraum und Gewerbe- und Industrieflächen zu verteilen. Dabei ist es insbesondere notwendig, wegfallende – meist hochbezahlte und tarifgebundene Arbeitsplätze im Bergbau und bei den Kraftwerken, aber auch bei vielen Tausend Zulieferfirmen und Dienstleistern auch im Kreis Heinsberg zu schaffen.

Die Bundesregierung hat 14,8 Mrd. Euro für einen gelingenden Strukturwandel im Rheinischen Revier zur Verfügung gestellt.

Im Kreis Heinsberg spricht man doch gerne von Leuchttürmen, man sei „Spitze im Westen“. Schaut man aber auf die Karten zur Verteilung der Projektmittel im Rahmen des Strukturwandels, dann findet man in allen

Braunkohlerevieranrainerkreisen viele bunte Punkte, sprich beantragte Projekte. Im Kreis Heinsberg sieht man nur wenige Punkte, dafür viele weiße Flecken. Umso wichtiger ist die Realisierung der Industriefläche Future Site Inwest, für die endlich die erforderliche Verkehrsanbindung geschaffen werden muss, damit Arbeitsplätze in unserem Kreis entstehen können. Ich fordere nochmal alle Verantwortlichen auf, diesbezüglich in Düsseldorf Druck zu machen.

Der Kreis Heinsberg hat die geringste Wirtschaftskraft aller Kreise in Nordrhein-Westfalen. Auch das ist ein Erkenntnis aus der überörtlichen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt. Nehmen Sie Ihre Aufgaben daher endlich ernst, Herr Landrat. Sorgen Sie dafür, dass die Landkarte der Strukturwandelprojekte endlich auch im Kreis Heinsberg bunt wird.

Auch die Menschen im Kreis Heinsberg sind auf einen gelingenden Strukturwandel angewiesen. Und gerade im Kreis Heinsberg besteht – nicht erst mit dem Ende der Braunkohle in sechs Jahren – ein enorm hoher Bedarf an gut bezahlten und tarifgebundenen Arbeitsplätzen.

Einen Punkt möchte ich noch ansprechen, weil er uns besonders wichtig ist: Der Kreis Heinsberg ist mit einem Frauenhaus und – nach langen Kämpfen – auch mit einer Frauenberatungsstelle ausgestattet. Es zeigt sich, dass die acht Plätze für von häuslicher Gewalt bedrohten Frauen nicht ausreichen. Die Zahl der Plätze entspricht auch nicht den Erfordernissen der Istanbul-Konvention des Europarates. Sicher stimmt es – und hier schließt sich der Kreis: Wäre die Wohnungsmarktsituation im Kreis entspannter, könnten die Plätze im Frauenhaus zügiger neu belegt werden. So ist es aber ja leider nicht. Deshalb hoffen wir auch hier auf die vereinbarten Gespräche, um die Situation betroffener Frauen in unserem Kreis zu verbessern.

In der letzten Haushaltsrede habe ich meine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass ich die nächste Haushaltsrede – also die heutige – wieder wie gehabt mit den besten Wünschen für das Weihnachtsfest und das kommende Jahr schließen kann. Dass dies nun möglich ist liegt daran, dass es Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Herr Görtz, gelungen ist, den Haushaltsentwurf endlich wieder zeitgerecht zu erarbeiten, so dass er vor Jahresfrist eingebracht und wohl auch beschlossen werden kann. Dafür danke ich Ihnen und auch für die professionelle Erläuterung Ihres Entwurfs in unserer Haushaltsklausur. Wer weiß, ob wir die Kosten für die neue Heizung im Haus der Musik in all den Tabellen gefunden hätten, wenn Sie nicht darauf hingewiesen hätten.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf wird eine Mehrheit finden, diesmal aber ohne die Stimmen der SPD-Fraktion. Warum das so ist, habe ich mit dieser Rede begründet. Schon in den vergangenen Jahren war uns die Zustimmung schwergefallen, diesmal neigte sich die Waagschale auf die andere Seite. Die Segel des Schiffes könnten eben an vielen Stellen besser gesetzt werden.

Ich wünsche Ihnen und allen, die im Kreis Heinsberg zu Hause sind, schöne Weihnachtstage, alles Gute – vor allem Gesundheit – für das kommende Jahr und uns eine gedeihliche Zusammenarbeit.